

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 - Neufassung der Lehrerarbeitszeit -

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 204.01 / 13.07.2001

Neue Modelle zur Evaluierung der Lehrerarbeitszeit lohnen sich

Bündnis 90/Die Grünen haben sich in der vergangenen Legislaturperiode für die Neuberechnung der Lehrerarbeitszeit eingesetzt, denn längst ist die Zahl der Unterrichtsstunden nur ein Parameter unter mehreren. Es freut uns, dass nun endlich auch in Schleswig-Holstein modellhaft an verschiedenen Schulen die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte gemessen wird. Eine solche Analyse muss auch Rückwirkung auf die Aus- und Fortbildung haben, die sich bisher vor allem auf den Unterricht konzentriert und viel zu wenig auf die vielen anderen Aktivitäten der Lehrkräfte.

Wir danken allen KollegInnen, die sich hieran beteiligen wollen. Bei allem Verständnis für den Ärger der Gewerkschaften und Verbände, dass vor der Einführung eines solchen Modells die Landesregierung einseitig die Arbeitszeit der BeamtInnen ohne Verhandlungen anheben will, bitten wir sie, sich weiterhin an dem Modell zu beteiligen. Wir sind gewiss, dass die Ergebnisse auf jeden Fall uns in der Auseinandersetzung um mehr Gerechtigkeit in der Bewertung der LehrerInnenarbeit ein gutes Stück voranbringen wird.

Damit dies nicht auf den St. Nimmerlandtag verschoben wird, bitten wir um zügigen Beginn, sowie einen ausführlichen inhaltlichen mündlichen Bericht im Ausschuss und weitere schriftliche Zwischenberichte zur Halbzeit des Modellzeitraums.

Die Mehrarbeit für die BeamtInnen, gerade auch für die LehrerInnen ist mehr als nur eine bittere Pille und die Tatsache, dass eine rot-grüne Regierung zu einer solchen Maßnahme greift, zeigt den Ernst der Haushaltslage. Die ist der CDU offenbar nicht bewusst - obwohl sie selbst im letzten Jahr eine Arbeitszeitverlängerung zur Konsolidierung des Haushalts gefordert hat. Jetzt polemisiert sie zwar dagegen, traut sich bisher aber nicht, einen Antrag zu stellen, weder dafür noch dagegen. Statt dessen funktionalisiert sie einen sinnvollen Modellversuch, um einen Anlass zu haben, ohne Konsequenzen und ohne Alternativen die Regierung anzugreifen. Das ist uns zu billig.
